

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.06.2024

Inhalt

EWN

1 Vor Fertigstellung Lärm im Hafen Mukran durch LNG-Terminal <i>nordkurier.de, 21.06.2024</i>	3
2 Auf der Suche nach einem Endlager <i>Lübecker Nachrichten - Lauenburgische Nachrichten, 23.06.2024</i>	4
3 Beckstein drängt bei der Endlagersuche <i>Main-Post Würzburg, 24.06.2024</i>	5
4 Milliarden-Angebot an Trump: Wie Scholz Nord Stream 2 retten wollte <i>TAGESSPIEGEL, 22.06.2024</i>	7

Vor Fertigstellung Lärm im Hafen Mukran durch LNG-Terminal

Vor der Ende Juni geplanten Fertigstellung des LNG-Terminals „Deutsche Ostsee“ im Hafen von Mukran auf Rügen kann es laut dem Betreiber Deutsche Regas wiederholt zu erhöhtem Lärm kommen. Grund sei das Festmachen der beiden Regasifizierungsschiffe Neptune und Energos Power im Industriehafen, erklärte das Unternehmen in einer am Freitag auf seiner Internetseite veröffentlichten Anwohner-Information. Dabei räumte Regas ein, dass es bereits in der Nacht zu Mittwoch zu Lärmbelästigungen gekommen sei.

Diese seien entstanden, als die Energos Power, die für den Probetrieb im Hafen lag, vom Gasfernleitungsnetz getrennt worden sei. Dazu habe die Gasverbrennungseinheit in Betrieb genommen werden müssen, was kurzzeitig zu erhöhten Schallemissionen geführt habe. Sie seien aber unter den Richtwerten geblieben, betonte ein Unternehmenssprecher auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur.

Das Schiff wurde den Angaben zufolge am Mittwoch aus dem Hafen herausgebracht und liegt nun auf Ree-

de vor der Insel. Während der nächsten Woche werde dort auch die Neptune erwartet. „Voraussichtlich Ende nächster Woche werden zunächst die Neptune und kurz darauf die Energos Power im Industriehafen von Mukran festmachen“, kündigte die Deutsche Regas an. „Danach kann es über einen Zeitraum von 5 bis 7 Tagen vermehrt zu erhöhten Schallemissionen kommen.“ Das Unternehmen arbeite daran, diese möglichst zu verhindern und auf den Tageszeitraum zu begrenzen.

Die Deutsche Regas hatte im März mit dem Probetrieb des Terminals im Hafen von Mukran mit der Energos Power begonnen. Die künftig zwei Spezialschiffe nehmen das verflüssigte Erdgas auf und wandeln es wieder in Gas um. Durch eine etwa 50 Kilometer lange Pipeline durch die Ostsee wird es zum Leitungsknotenpunkt in Lubmin bei Greifswald geleitet. Dort beginnen Landleitungen. Die angestrebte Gesamtkapazität bezifferte Regas mit 13,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr, was in etwa 15 Prozent des aktuellen deutschen Jahresverbrauchs entspreche.

Auf der Suche nach einem Endlager

Geesthacht fordert schnelle Lösung - Zwischenlager-Kommunen Ahaus und Gorleben fordern Entschädigung

Die Gemeinden rund um das Kernkraftwerk Krümmel befassen sich mit dem Rückbau. Und auch die Frage, wo der Atommüll endgültig gelagert werden kann, rückt in den Vordergrund.

Nach dem genehmigten Rückbau des Kernkraftwerkes Krümmel steht jetzt ein weiteres Thema im Zusammenhang mit der Erzeugung von Atomstrom im Fokus: Wie geht Deutschland mit den radioaktiven Abfällen um? Welche Konsequenzen resultieren daraus für die Standortgemeinden von Atomkraftwerken, und wer wird in die Endlagersuche eingebunden? Mit Fragen wie diesen beschäftigt sich die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland, kurz Asketa. Ihr stellvertretender Vorsitzender ist Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze (SPD).

„Es ist wichtig, dass wir unsere Positionen zu diesen Zukunftsfragen deutlich machen. Denn wir Standortgemeinden haben in der Vergangenheit bereits durch den Betrieb und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen entscheidende gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernommen und werden diese auch in den nächsten Jahrzehnten übernehmen“, sagt Schulze. Er ist gerade erst vom Asketa-Treffen im unterfränkischen Grafenrheinfeld in Bayern zurück. 2025 wird sich die Interessenvertretung in Geesthacht treffen.

In den Orten, in denen bisher Atomkraftwerke betrieben wurden, sind mittlerweile auch Lagerhallen für die Zwischenlagerung von stark strahlendem Atommüll entstanden. Dieser wird mangels Endlager noch für Jahrzehnte aufbewahrt werden müssen.

Während ihres Treffens haben die Asketa-Mitglieder Forderungen formuliert. So erwarten sie den Einstieg in das Neugenehmigungsverfahren für die zentralen Zwischenlager in Gorleben und in Ahaus sowie an allen Standorten die unverzügliche Aufnahme in die Neugenehmigungsverfahren mit dem Ziel einer befristeten Genehmigung. Sobald der Bundestag den Endlagerort festgestellt habe, solle dessen Inbetriebnahme zügig realisiert werden. Weiterhin wollen die Interessenvertreter zwei Sitze im Begleitgremium für die Endlagersuche einnehmen.

Brisant dürfte der Aspekt werden, dass die Zwischenlager-Kommunen eine Entschädigung fordern, analog der Ausgleichszahlungen in Ahaus und Gorleben. Hintergrund: Zum Zeitpunkt der Ansiedlung der Kernkraftwerke erfolgte die Genehmigung auf Basis einer Lagerung der atomaren Abfälle in einem zugesicherten Endlager. Ohne einen Entsorgungsnachweis hätte es einen Betrieb der Kraftwerke nie gegeben. „Die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Endlagerung tragen de facto derzeit die Zwischenlagerkommunen“, heißt vonseiten Asketa.

„Es war ein sehr konstruktiver Austausch“, sagt Schulze. „Besonders wichtig ist mir zu betonen, dass wir weiterhin bereit sind, gesamtgesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Wir brauchen aber einen Ausgleich.“

Beckstein drängt bei der Endlagersuche

Wohin mit dem deutschen Atommüll? CSU-Politiker Günther Beckstein gehört dem Nationalen Begleitgremium zur Endlagersuche an. Warum ihm das Verfahren zu langsam geht.

Grafenrheinfeld. Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll aus deutschen Kraftwerken beginnt neu: Nicht mehr Gorleben ist im Fokus, im ganzen Land wird nach einem geeigneten Standort geforscht. Neben Wissenschaftlern ist auch das Nationale Begleitgremium (NBG) damit betraut, das gesellschaftliche Aspekte der Endlagerung berücksichtigen soll. Bayerns früherer Ministerpräsident Günther Beckstein gehört dem Gremium an. Im Interview sagt der 80-jährige CSU-Politiker, was der Stand ist und was das Gremium leisten soll.

Das Nationale Begleitgremium zur Endlagersuche dürften im Land relativ wenige Menschen kennen. Was ist seine Aufgabe?

Günther Beckstein: Das Nationale Begleitgremium begleitet die Suche nach dem Endlager und soll dazu dienen, den gesamten Beteiligungsprozess der Öffentlichkeit zu überwachen und festzustellen, dass eine umfangreiche Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt. Es hat ein Auskunftsrecht, die Befugnis zur Akteneinsicht und zur Bestellung von Sachverständigen. Der Sinn ist, dass durch das Begleitgremium Vertrauen geschaffen wird, dass nur nach den Kriterien Wissenschaftlichkeit, Transparenz und Unparteilichkeit der optimale Standort für eine Endlagerung gefunden wird.

Wie stark beteiligen sich denn Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess?

Beckstein: Im Moment ist das noch relativ wenig der Fall. Und zwar deswegen, weil es keine echte Betroffenheit gibt. Wir sind noch in der Phase eins. Dort haben wir die Teilgebiete festgelegt. Und das waren überraschenderweise mehr als 50 Prozent des gesamten Gebiets der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt: Im Moment ist eigentlich noch fast die Hälfte aller Bundesbürger betroffen. Bedeutet aber im Ergebnis, dass sich niemand betroffen fühlt.

Welche Gebiete stehen derzeit im Fokus?

Beckstein: Im Moment werden noch 52 Prozent des Bundesgebietes untersucht auf die Wirtsgesteine Granit oder Salz oder Ton. Und man kann noch nicht sagen, wo dann weitere Untersuchungen stattfinden. Im Moment wird überlegt, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), die diese Arbeiten macht, jedes Jahr Gebiete ausschließt. 2027, wahrscheinlich aber erst später, sollen dann fünf bis zehn Gebiete bleiben, die erst obertägig untersucht werden, ob sie geeignet sind, und dann untertägig.

Bislang hat man den Eindruck, in der Bevölkerung herrscht die Haltung vor: Endlager ja, aber bitte nicht bei uns! Wie nehmen Sie die Stimmung wahr?

Beckstein: Im Moment interessieren sich nur relativ wenige Leute dafür – die aber sehr intensiv. Vor allem Menschen, die mit Gorleben zu tun haben, und von Verbänden. In wenigen Fällen auch Vertreter von Gemeinden, die annehmen, dass bei ihnen günstige geologische Voraussetzungen bestehen. Denn es soll ein Lager in 200 bis 500 Metern Tiefe werden, damit es einen geologischen Deckel hat als wirksamen Strahlenschutz. Wo es ein sehr, sehr stabiles geologisches Umfeld gibt, das für eine Million Jahre sicher ist.

Das Thema Endlagersuche ist sehr komplex. Welche Erfahrungen haben Sie im Begleitgremium gemacht?

Beckstein: Deutschland will das natürlich ganz perfektionistisch machen. Wir sagen: Es muss ein Endlager sein, das für eine Million Jahre sicher ist. Kein anderes Land der Welt hat diese Vorgabe. Das Verfahren soll wissenschaftsbasiert sein, transparent und nur nach sachlichen Kriterien ablaufen. Das Endlager soll kein politischer Kuhhandel werden. Dorthin, wo die Wissenschaftler sagen, dass dies der beste Standort ist, den es in Deutschland gibt, soll das Lager kommen. Das ist natürlich ein ungeheuer anspruchsvoller Weg. Ich selbst bin ein Kritiker, dass sich das Verfahren so ex-

trem verzögert. Man kann nicht ein Verfahren planen, das über 80 bis 100 Jahre läuft. Andere Länder in Europa schaffen das schneller.

Finnland ist fast fertig.

Beckstein: Richtig. Die Schweiz beginnt in Kürze mit dem Bau. Wir machen es perfektionistisch. Wir müssen zu einem Verfahren kommen, dass das Endlager spätestens in 50 Jahren in Betrieb geht.

Wann werden wir das Endlager zur Verfügung haben?

Beckstein: Ohne Berücksichtigung von Klageverfahren und parlamentarischer Prozesse will die Bundesgesellschaft für Endlagerung zwischen 2047 und 2067 einen Standort vorschlagen, wo mit dem Bau begonnen wird. Nach meiner persönlichen Meinung wird das Endlager in diesem Jahrhundert sicher nicht mehr in Betrieb gehen. Nicht mal meine Enkel werden erleben, dass das Lager voll in Betrieb ist.

Bis dahin werden die hochradioaktiven Stoffe vor Ort in den Zwischenlagern wie in Grafenrheinfeld stehen. Wie sollen die Gemeinden und die Menschen vor Ort mit dieser Situation umgehen?

Beckstein: Die Stoffe sollten ja in zentrale Zwischenlager kommen. Aber es hat große Schwierigkeiten ge-

macht, sie zu errichten. Gorleben ist ein Beispiel dafür. Dann hat man 1998 gesagt, die Zwischenlager sollen dezentral an den Standorten der Atomkraftwerke sein. Damals ist man davon ausgegangen, dass die Zwischenlagerung 2045 bis 2050 endet. Durch die jetzige extreme Verlängerung des Verfahrens werden die Zwischenlagerstandorteproblematischer, weil es länger dauert. Trotzdem ist aus meiner Sicht klar, dass ein Zwischenlager absolut sicher sein muss. Neue Genehmigungen dürfen nur gegeben werden, wenn alles Menschenmögliche getan ist, damit es keinerlei Gefahren durch Strahlung gibt, auch durch Nachrüstungen.

Zur Person

Günther Beckstein saß von 1974 bis 2013 für die CSU im Bayerischen Landtag. Er war unter anderem lange Jahre Innenminister und von Oktober 2007 an war er ein Jahr lang bayerischer Ministerpräsident. Seit März 2020 gehört der CSU-Politiker aus Nürnberg dem Nationalen Begleitgremium zur Endlagersuche (NBG) an, das die gesellschaftliche Seite der Suche abdecken soll. Jedes Mitglied des Gremiums hat eine Amtszeit von drei Jahren und kann zweimal wieder berufen werden. Es darf nicht Mitglied in einer Landesregierung sein oder wirtschaftliche Interessen rund um die Standortauswahl und die Endlagerung haben. (Quellen: NBG, mjs)

Milliarden-Angebot an Trump: Wie Scholz Nord Stream 2 retten wollte

Als der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vergangene Woche im Bundestag über den russischen Krieg gegen sein Land spricht und das gemeinsame Interesse der europäischen Nationen beschwört, „dass Putin persönlich verliert“, sitzen ihm die höchsten Repräsentanten des deutschen Staats gegenüber: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig.

Drei Sozialdemokraten, die sich heute als entschlossene Unterstützer der Ukraine profilieren, aber noch bis vor wenigen Jahren ein Projekt vorantrieben, das den ukrainischen Sicherheitsinteressen entgegenstand: die Ostseepipeline Nord Stream 2. Interne Regierungsakten über die Planung, den Bau und die politische Flankierung von Nord Stream 2, die dem „Handelsblatt“ vorliegen, zeigen nun, wie zentral das Trio Steinmeier, Schwesig, Scholz war, um das angeblich „privatwirtschaftliche“ Vorhaben zu verwirklichen.

Es ist 11.46 Uhr am Montag, dem 25. Oktober 2021, als im Bundeswirtschaftsministerium eine E-Mail versendet wird, deren Anhang in der deutschen Russlandpolitik noch eine entscheidende Rolle spielen sollte: Es ist der Entwurf der „Versorgungssicherheitsprüfung“ für Nord Stream 2. Sie ist der bis dahin fehlende Baustein im Plan, mit dem die scheidende Bundesregierung im Herbst 2021 kurz vor dem Machtwechsel das Projekt der russischen Gaspipeline noch durchdrücken will.

Das Büro von Wirtschaftsstaatssekretär Andreas Feicht adressiert die besagte Mail an das Bundeskanzleramt, an das Auswärtige Amt und an das Finanzministerium.

Wenige Stunden später meldet sich das Außenministerium, man habe keine Anmerkungen. Am nächsten Morgen antwortet Wolfgang Schmidt, Staatssekretär und engster Vertrauter des damaligen Finanzministers Olaf Scholz. „Auch von mir keine weiteren Anmerkungen. Herzlichen Dank und beste Grüße“, mailt Schmidt mit Blick auf das 54-seitige Dokument um 9.58 Uhr.

„Sicherheit der Gasversorgung nicht gefährdet“

Kurz danach folgt auch die Freigabe aus dem Haus der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Es ist bekannt, dass Merkel sich lange für Nord Stream 2 einsetzte. Ebenso ihr Vertrauter, der damalige Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).

Scholz blieb eher im Hintergrund, doch die nun aufgetauchten Dokumente belegen, dass er das Projekt nicht nur billigte, sondern sich über Jahre auch aktiv dafür einsetzte. Und sie zeigen, wie Scholz mit einem fragwürdigen Deal versuchte, die USA von Sanktionen gegen die Gasleitung abzuhalten.

Die „Versorgungssicherheitsprüfung“ aus dem Oktober 2021 war die Voraussetzung für die Zertifizierung von Nord Stream 2. Die Zertifizierung wiederum war der letzte Schritt vor der Inbetriebnahme der Pipeline, die zu dem Zeitpunkt schon fertiggebaut war und mit Gas befüllt wurde.

Schon Jahre zuvor hatte es Warnungen gegeben, dass Nord Stream 2 die Abhängigkeit Deutschlands von Russland noch verfestigen würde. Von mehreren europäischen Staaten, der EU-Kommission, unabhängigen Experten und Vertretern der Ukraine. Doch der Bericht bündelte alle Bedenken ab. Sein Schlusssatz lautet: „Insgesamt kommt die Prüfung damit zu dem Ergebnis, dass die Erteilung der Zertifizierung die Sicherheit der Gasversorgung Deutschlands und der Europäischen Union nicht gefährdet.“

Genauso trug die Bundesregierung das auch in die Öffentlichkeit. In einer Pressemitteilung übernahm die Regierung die Formulierung.

Scholz muss Prüfbericht zurückziehen

An besagtem Dienstag, dem 26. Oktober 2021, als alle Freigaben erteilt sind, bittet Altmaier darum, mit Merkel und Scholz zu sprechen. Er will die Kommunikationsstrategie klären. Merkel, Altmaier und Scholz beschließen, dass nicht sie selbst, sondern die Arbeits-

ebene den Prüfbericht an die Netzentur übersendet, die für die letzten formalen Schritte verantwortlich ist. Nord Stream 2 nimmt die letzte Hürde, so scheint es zumindest. Bis zum 22. Februar 2022.

An jenem Tag erklärt Russlands Präsident Wladimir Putin die ostukrainischen Provinzen Luhansk und Donezk zu unabhängigen Volksrepubliken. Zwei Tage später marschiert seine Armee in die Ukraine ein. Scholz lässt den Prüfbericht zurückziehen. „Die Lage ist heute eine grundlegend andere“, sagt Scholz nun.

Der geheime Anti-Sanktions-Deal mit den USA

Der Kanzler lobt sich gern dafür, wie seine Regierung Deutschland 2022 sicher durch die Energiekrise führte, nachdem Putin das Gas abgedreht hatte. Die blitzschnelle Einrichtung von Flüssiggas-Terminals zur Anlandung von Gas aus anderen Ländern als Russland war tatsächlich ein Erfolg. Scholz leitete daraus gleich einen Leitbegriff für seine Kanzlerschaft ab: das „Deutschlandtempo“. Schon in seiner Zeit als Hamburger Bürgermeister habe er für Flüssiggas-Terminals geworben, erzählt der Kanzler in einem Interview im Oktober 2022. „Als Bundesfinanzminister habe ich die Idee weiterverfolgt.“

Das stimmt. Allerdings lässt Scholz einen entscheidenden Teil weg. Die Nord-Stream-Akten aus dem Wirtschaftsministerium belegen, dass es Scholz damals weniger darum ging, neue Importwege zu erschließen und weniger abhängig von Russland zu werden. Er wollte die Terminals vielmehr für einen brisanten Deal nutzen. Das Ziel: Nord Stream 2 retten.

So ist dokumentiert, dass Scholz mehrfach auf die US-Regierung unter Präsident Donald Trump einwirkte, um Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu verhindern. Vor allem auf sein Finanzminister-Pendant Steven Mnuchin, weil dieser für das Sanktionsthema zuständig war.

„Dear Mr. Secretary, dear Steven“, schreibt Scholz im Sommer 2020 in vertraulichem Ton an Mnuchin. Und bietet ihm an, eine Milliarde Euro deutsches Steuergeld in Anlandeterminals für Flüssiggas an der norddeutschen Küste zu investieren. Die Bedingung: Washington lässt seine Sanktionen gegen Nord Stream 2 fallen.

Ein Vermerk aus dem Wirtschaftsministerium vom September 2020 stützt die These, dass die LNG-Terminals für Scholz nur Mittel zum Zweck waren. Darin warnen die Beamten ihren Minister Altmaier vor Scholz' Vorschlag und erklären, warum dieser aus ihrer Sicht wenig bringen würde.

Sie weisen darauf hin, dass „weder die Finanzierungsfragen abschließend geklärt [sind], noch liegen alle Genehmigungen für den Bau der Terminals vor“. Man sei nicht in der Lage, „das Versprechen Scholz' in einer die USA befriedigenden Form – also noch vor den Wahlen – einzulösen“. Der Vermerk zeigt zudem: Scholz wollte offenbar seinen geheimen Deal auch ohne Zustimmung des deutschen Parlaments als Haushaltsgesetzgeber vorantreiben.

Letztlich war das müßig: Die Trump-Regierung wies den Deal mit klaren Worten zurück. Man werde nicht auf den „crap“, also den „Mist“, der Bundesregierung hereinfallen, ließ das Weiße Haus verlauten. Wenig später dankte Selenskyj dem damaligen US-Außenminister Mike Pompeo für die Einführung der Sanktionen gegen Nord Stream 2.

Manuela Schwesig und die Klimaschutzstiftung

Nun schlägt die Stunde von Manuela Schwesig. Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern lässt sich mit dem russischen Energiekonzern Gazprom, dem Alleineigentümer der Nord Stream 2 AG, auf die Gründung einer Stiftung ein.

Das Gemeinschaftsprojekt „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ soll sich angeblich um den Klimaschutz kümmern, tatsächlich allerdings erfüllt es den Hauptzweck, die Sanktionen der Amerikaner zu unterlaufen. Das Kalkül: Die Stiftung soll Teile der Bauarbeiten übernehmen und private Unternehmen ersetzen, die sich aus Furcht vor den US-Sanktionen zurückgezogen hatten.

Der Plan geht auf, jedenfalls scheint es so zunächst. Am 26. November 2021 schickt die deutsche Botschaft in Washington einen Bericht nach Berlin. Das US-Außenministerium sei zu dem Schluss gekommen, dass die „Stiftung MV eine Regierungsstelle sei“, heißt es darin. Daher greife die „Ausnahme von einer Sanktionierung“.

Auch ein Schiff namens „Blue Ship“, das der Stiftung gehörte und letzte Arbeiten an der Pipeline verrichtete, bleibt von amerikanischen Strafmaßnahmen verschont. Die Stiftung schien ihren Zweck zu erfüllen.

Auch Steinmeier war eng in die Planung eingebunden

Erst als russische Panzer auf Kiew zurollen, erkannte Schwesig, dass sie sich in den Russen getäuscht hat. Die Gründung der Stiftung beschäftigt seither einen Untersuchungsausschuss im mecklenburgischen Landtag. Aus Nord Stream 2 ist eine Staatsaffäre geworden.

In dieser spielt ein weiterer Sozialdemokrat eine entscheidende Rolle: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. „Mein Festhalten an Nord Stream 2, das war eindeutig ein Fehler“, sagte Steinmeier einige Wochen nach Kriegsbeginn. Doch der Makel, in seiner Zeit als Bundesaußenminister von 2013 bis 2017 eine Russlandpolitik verfolgt zu haben, die blind war für die Bedrohung durch den Kreml, verfolgt das Staatsoberhaupt bis heute.

Die Unterlagen erinnern daran, dass Steinmeier und seine Vertrauten im Auswärtigen Amt eng in die Planung der Pipeline eingebunden waren. Im Januar 2016 schickt das Büro von Steinmeiers Staatssekretär Markus Ederer dem Wirtschaftsministerium einen „Maßnahmenkatalog zur politischen Flankierung von Nord Stream 2“. Darin werden den osteuropäischen Gegnern der Pipeline niedere Motive unterstellt.

„Während in der Kritik eine angebliche Preisgabe europäischer Solidarität und ein Imstichlassen der Ukraine in den Vordergrund gestellt werden, schwingen unterschwellig auch Eigeninteressen jener Staaten mit, die neben der Ukraine vom Gastransit auf den bisherigen Routen profitieren und den Verlust von Einnahmen fürchten“, heißt es darin. Genannt werden Polen und die Slowakei. Das macht deutlich: Steinmeiers Mitarbeitern ist die außenpolitische Sprengkraft von Nord Stream 2 längst bewusst.

Am 1. März 2016 bereitet ein Referat des Wirtschaftsressorts die Leitungsebene des Hauses mit einem mehrseitigen Vermerk auf ein Gespräch mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Finanzressorts und des Bundeskanzleramts vor. Unter der Kapitelüberschrift „Gesprächsanlass/Rahmen“ wird ausgeführt, das Treffen diene „zur Abstimmung über aktuelle europapolitische Themen“.

Auf den folgenden Seiten informieren die Fachleute auch über den Diskussionsstand zu Nord Stream 2. Die Ablehnung der Pipeline seitens der baltischen und mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten habe dazu geführt, „dass das Auswärtige Amt derzeit keine über die Aussage ‚kommerzielles Projekt‘ hinausgehende Positionierung will“, schreiben sie.

Untersuchungsausschuss soll offene Fragen klären

Diese Positionierung ist symptomatisch für die Haltung des Auswärtigen Amtes unter Steinmeier. Noch 2021, als Steinmeier schon als Bundespräsident amtiert, verteidigt er den Bau der Pipeline mit dem Hinweis, die Energiebeziehungen seien die letzte verbliebene Brücke zwischen Russland und Europa. Selen-

skyj hat ihm das lange nicht verziehen.

Im April 2022 bekommt Steinmeier von ukrainischer Seite die Quittung für seine russlandfreundliche Politik. Der Bundespräsident möchte nach Kiew fahren, um seine Solidarität mit der Ukraine zu bekunden. Doch die ukrainische Seite lässt wissen, Steinmeier sei „momentan nicht willkommen“.

Heute haben Steinmeier, Scholz und Schwesig mit dem Kapitel Nord Stream 2 abgeschlossen. Andere sind dazu nicht bereit. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Felix Banaszak wirbt seit Wochen für einen Untersuchungsausschuss im Bundestag.

„Dass Manuela Schwesig und Frank-Walter Steinmeier Verantwortung dafür tragen, dass sich Deutschland mit Nord Stream 2 in noch größere Abhängigkeit von russischem Gas begeben hätte, ist in weiten Teilen bekannt. Wenn sich nun die Hinweise verdichten, dass auch Olaf Scholz aktiv daran mitgewirkt hat, wirft das Fragen auf“, sagte Banaszak dem „Handelsblatt“.

Doch die SPD zeigt bisher wenig Interesse an einer Aufarbeitung – und kann sich darauf verlassen, dass auch die Opposition stillhält. Ex-Kanzlerin Merkel, der frühere Wirtschaftsminister Altmeier und CDU-Politiker aus Mecklenburg-Vorpommern sind ebenso tief in die Affäre verstrickt wie Steinmeier, Scholz und Schwesig.

Dieser Artikel erschien zuerst im Handelsblatt.

Die Empfangsstation für die Nord Stream 2-Gaspipeline in der Nähe von Lubmin.

Selenskyj, Scholz, Steinmeier und Schwesig anlässlich einer Rede Selenskyjs im Bundestag.

Zitat

Wenn sich nun die Hinweise verdichten, dass auch Olaf Scholz aktiv an Nord Stream 2 mitgewirkt hat, wirft das Fragen auf. *Felix Banaszak, Grünen-Abgeordneter im Bundestag*

Zitat

Mein Festhalten an Nord Stream 2, das war eindeutig ein Fehler. *Frank-Walter Steinmeier, Deutscher Bundespräsident*